

fightme

## Der deutsche Rechtspopulismus und der Wirtschaftsliberalismus passen nicht zusammen! – Der Denkfehler der Alice Weidel

von Fabio Stark

Juli 2018

Dass die AfD nach Jahren der politischen wohligh-schläfrigen Stagnation eine neue Dynamik in das gesellschaftliche Geschehen Deutschlands gebracht hat, ist derweil ein offenes Geheimnis. Und das dies- ganz unabhängig von konkreten inhaltlichen Positionen- nichts schlechtes sein muss, ist ebenfalls evident geworden. Insbesondere durch die Heterogenität dieser neuen, ungeahnt starken ‚Protestpartei‘ zeigt die ‚Alternative‘ Interdependenzen, Strömungen und Wechselwirkung zwischen zuvor vermeintlich nicht miteinander kompatiblen Klassen, Ideologien und Zukunftsvisionen wie keine andere. Entsprechend viele Analyseversuche wurden in den deutschen Medien unternommen, Parteianhänger und Wähler seziert, Taktik und Rhetorik untersucht- und Thesen zur Erklärung dieses für viele immer noch nicht ganz nachvollziehbaren Phänomens formuliert. Der Bericht- erstattung zufolge ist es gerade die diffuse

Unzufriedenheit, die so viele Deutsche aus den zuvor unterschiedlichsten Lagern zusammenreibt. Dabei lösen sich ehemalige Überzeugungen scheinbar auf und vereinen sich zum großen rechtspopulistischen „Nein!“ zu Merkel, zur Flüchtlingspolitik, zur Europäisierung und so vielen anderen Themen, die insbesondere das breite Kleinbürgertum zu verstören scheint. Aber ist das denn wirklich möglich? Auch durch ihre Entstehungsgeschichte kennt die AfD einige hochdotierte Ökonomen unter ihren Mitgliedern. Ökonomen, die ihre Profession verinnerlicht haben. Kann sich ein Neoliberaler in einer Bundestagsfraktion rechtsaußen politisch beheimatet fühlen?

Zumindest steht eine selbsternannte „freiheitlich-konservative“ Wirtschaftswissenschaftlerin an deren Spitze. Eine, deren Vita und Überzeugungen – repräsentativ für einen zwar nicht großen, jedoch

einflussreichen Flügel der Partei – nicht so ganz in das Bild passen, dass die AfD nach außen abgibt. Ist Frau Weidel gar in der falschen Partei?

Dr. Alice Weidel wurde 1979 geboren und wuchs nahe Gütersloh auf. Nach ihrem Abschluss des Wirtschaftswissenschaftsstudiums an der Universität Bayreuth 2004 als einer der Jahrgangsbesten, und einem kurzzeitigen Intermezzo als Analystin für Goldman-Sachs, verfasste sie eine Dissertation über das chinesische Rentensystem, welche von einem Begabtenförderungsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung finanziert und mit ‚Summa cum laude‘ ausgezeichnet wurde. Ihr Doktorvater, Prof. Peter Oberender, war auf den Gesundheitsmarkt spezialisiert – und als überzeugter Neoliberaler ein starker Kritiker jeglicher staatlichen Einmischung in diesen. Anschließend arbeitete Weidel nach einem längeren Forschungsaufenthalt in China für die Global Allianz Investors und heristo, machte sich schließlich selbstständig und diente als Unternehmensberaterin Kunden wie Rocket Internet und Foodora. Weidel ist lesbisch. Sie lebt in Überlingen und Biel am Bodensee und zieht zusammen mit ihrer Lebensgefährtin – einer Migrantin aus Sri Lanka – zwei Adoptivöhne groß. Steuern zahlt Weidel in der Schweiz, sie hält weiterhin eine Wohnung in China. Weidel ist – wie ihre Parteikollegen von Storch und Boehringer – Mitglied der (wirtschafts)liberalen Hayek-Gesellschaft.

Soweit die Biografie. Und ihre politischen Überzeugungen? Sind dementsprechend. Alice Weidel ist durch und durch wirtschaftsliberal. Wie viele andere Ökonomen trat sie der AfD 2013 als Eurokritikerin bei, erkannte das Potential der neuen Partei im Zuge der explodierenden Flüchtlingsproblematik in 2015, entschloss sich deshalb entgegen vieler ihrer Kollegen aus den Wirtschaftswissenschaften, die die Partei nach deren radikalen Ausrichtungswandel verließen (so auch Oberender) – weiterhin eine Karriere innerhalb dieser anzustreben – und ließ sich noch im selben Jahr in den

Bundesvorstand wählen. An ihren Überzeugungen hat das wenig geändert:

Sie will einen „Schlanken Staat für freie Bürger“, tritt für Steuersenkungen und den Abbau des Sozialstaats ein – Weidel wünscht sich laut manager-magazin.com „mehr Eigenverantwortung und weniger Solidarität unter den Deutschen“ – und sieht die private Altersvorsorge als Lösung der deutschen Rentenkrise; sie verlangt die Umsetzung der „Deutsche(n) Wirtschaftsinteressen (...) im In- und Ausland als oberstes Interesse“ allen staatlichen Handelns, und fordert deswegen auch die politische Unterstützung von Volkswagen im Zuge des Dieselskandals. Sie spricht sich weiterhin für den steuerlichen Wettbewerb zwischen den Ländern aus, und natürlich kritisiert sie scharf den staatlichen Umgang mit den ungezügelten Migrationsströmen nach Deutschland, die den Steuerzahler belasten, ohne ihm zu nutzen. Das eint die Fraktionschefin mit der Basis. Aber ansonsten?

Nun drängt sich einem doch die Frage auf: Was will denn nun diese Frau eigentlich in der AfD? Fordert nicht auch die wiedererstarkte FDP ein strikteres Einwanderungsgesetz – spricht aber ansonsten nicht viel eher jene Gesinnte an, die ähnlich Weidel denken? Sind die Anhänger der Partei rechts-außen nicht genau diejenigen, die mehr staatliche Unterstützung (für Deutsche), mehr Solidarität, weniger Wirtschaftsfreundlichkeit in der Politik fordern – und sich insgesamt nicht nach mehr ‚Freiheit‘, sondern nach dem starken Kollektiv sehnen? Der durchschnittliche AfD-Wähler ist männlich, in einer kleinen bis mittleren Gemeinde ansässig kommt aus Ostdeutschland, hat einen Realschulabschluss und verfügt über ein mittleres Einkommen zwischen 1.500-3.000€. Zwar weist die AfD mit 31% eine relativ hohe Akademikerquote auf (die sich insbesondere in der Parteiführung auffällig homogen repräsentiert findet)

– immerhin satte 34% der Parteiwähler sind aber als ‚Arbeiter‘ berufstätig, was die Alternative zum stärksten Arbeitervertreter des 19. Deutschen Bundestags macht, mit Abstand vor Linke (22%) und SPD (17%). Und auch das Durchschnittshaushaltseinkommen von 2.600€ (Meridian) per Monat liegt unter dem Niveau von Wählern anderer Volksparteien. Rund 930.000 der 4,1 Mio Wähler 2017 hatten nach eigenen Angaben 2013 noch SPD und Linke gewählt – die FDP verlor demnach gerade mal knapp 50.000.

Ist es glaubwürdig, dass sich dieser in der Provinz wohnende, medioker qualifizierte brave Durchschnittsdeutsche, der da den Grundstock der Parteiwählerschaft ausmacht, nach „weniger Solidarität“, mehr steuerlichem Wettbewerb und einer arbeitgeberfreundlichen Wirtschaftsordnung mit stark reduzierten staatlichen Eingriffen sehnt? Und nochmal: Was erhofft sich Weidel ihrerseits von der AfD?

Dass die AfD ursprünglich als ein rein Eurofeindliches Ökonomenbündnis unter der Führung von Prof. B. Lucke entstanden ist, mag hier eine Rolle spielen – es ist jedoch unbestritten, dass mit dem Vorstandswechsel und dem somit neu begründeten Vorsitz von F. Petry im Juli 2015 ein wesentlicher Ausrichtungswandel der Partei geschehen ist, weg von der trockenen Währungspolitik hin zum emotional beladenen Evergreen Migration & Flüchtlinge. Wie oben gezeigt, stützt sich die Partei seitdem längst nicht mehr auf die wirtschaftsliberalen Strömungen der Gesellschaft – auch wenn manche aus diesen noch heute führende Positionen erfüllen. So wie die Fraktionschefin.

Weidels Motive sind kein Zufallsprodukt einer turbulenten und politisch heterogenen Parteigeschichte. Sie liegen in einer Taktik, die anderswo schon zu manchen Erfolgen führte, hierzulande jedoch grandios scheitern könnte:

Wirft man einen Blick in die USA, so konnte man insbesondere in 2016 erneut die besondere Verbindung zwischen dem dort bereits zuvor aufkeimenden konservativen Rechtspopulismus und dem Neoliberalismus beobachten. Insbesondere für die deutschen Rechtspopulisten (mit wenig Verständnis für das amerikanische Wertesystem) schien dies nahezu unglaublich: Jemand wie Donald Trump konnte zum Präsidenten gewählt werden, und zwar gerade von jenen, die gesellschaftlich fernab von Immobiliengroßprojekten in Manhattan und Management-TV-Wetterwerben standen.

Das ist bei näherer Betrachtung jedoch alles andere als verwunderlich: Der anglo-amerikanische Freiheitsbegriff hat seit jeher die besondere Symbiose zwischen Neoliberalismus und Konservatismus erlaubt – versteht sich ein US-Amerikaner als Verfassungspatriot, ist das Ablehnen des Konzepts der konsequenten Freiheit – also auch die des ‚freien Marktes‘ – schlicht nicht möglich. Die Bundesrepublik hatte diesbezüglich schon immer kulturelle Verständnisschwierigkeiten: Gerade die Freiheit vor staatlicher Einmischung, und sei sie auch noch so gut gemeint, und auch vor dem Zwang, gemeinwohlfreundlich handeln zu müssen, ist genau der Grundkonsens des amerikanischen (und derweil auch britischen) Konservatismus, der alle Schichten und Milieus eint. Dass sich diese Freiheit nicht auf natürliche Personen beschränkt, sondern auch und gerade den Markt mit umfassen muss, versteht sich hierdurch nunmehr von selbst. Und dass somit Kollektivismus und angeordnete Solidarität ex tunc ausgeschlossen sind, ebenfalls.

Weidel sah die Erfolge des amerikanischen Rechtspopulismus, und seine für sie besonders attraktive Verquickung. Allein, es bleibt ein wesentliches Problem: Dieser auch von Weidel so konsequent vertretene

Wirtschaftsliberalismus hat sich hierzulande noch nie einer sonderlich großen Beliebtheit erfreuen können. Waren Solidarität, Egalitarismus und ein gerade in ökonomischer Hinsicht idealisierter Kollektivismus schon seit dem Untergang des Kaiserreichs feste Bestandteile des deutschen Werteverständnisses – so beispielsweise in Form eines Sozialsystems, verankert in der Weimarer Reichsverfassung; dabei lag schon diesem nicht nur die ‚soziale‘ Verantwortung des Staates gegenüber den Bürgern, sondern auch diese der Bürger untereinander zugrunde – so entschied sich die junge Bundesrepublik in den 1950ern nicht für die reine, sondern für die ‚Soziale Marktwirtschaft‘ nach den Gedanken des ordoliberalen Ökonomen Walther Eucken: ein deutscher Kompromiss zwischen dem meritokratisch-freiheitlichen Kapitalismus nach angloamerikanischen Vorbild und dem deutschen Hang zum systemimmanenten Kollektivschutz, der alsbald auch den deutschen Konservatismus und die deutschliberale Kraft für sich einnehmen sollte.

Als wäre dies nicht genug, erfuhr der Wirtschaftsliberalismus in jüngerer Zeit eine weitere Niederlage hierzulande, nachdem dem Deutschen 2008 sein ohnehin schon spärlich investiertes durch eine Weltwirtschaftskrise verleidet wurde – ein Vorfall, der dem Anschein nach maßgeblich durch eine zu lasche US-Marktpolitik bedingt wurde. Nicht nur die Investitionsbereitschaft des deutschen Mittelstands hat hierunter gelitten: Auch die bis dahin einzig konsequent wirtschaftsliberale Partei Deutschlands musste 2013 zum ersten Mal seit ihrer Gründung den deutschen Bundestag verlassen.

Insbesondere Letzteres wird Weidel aufmerksam verfolgt haben. Sie kennt des Deutschen Antielitarismus und seine Wut auf ‚die Reichen‘, ‚die Banken‘, ‚die Pharmaindustrie‘, und ganz generell, die da

oben, die alle unter einer Decke stecken mit der Politik‘ – und seine Sehnsucht nach permanentem staatlichem Schutz davor. Aber sie geht nicht von der tiefen Verwurzelung dieses deutschen Grundsatzes aus, hält es mehr für ein überwindbares – manipulierbares Phänomen der Zeit, eine verängstigte Reaktion des braven Michel auf den demographischen Wandel. Greift man hingegen die noch größere und lautere akute Sorge der Bevölkerung auf – die der Überfremdung, in Verbindung mit einer wachsenden allgemeinen Ablehnung gegenüber der Politik Angela Merkels – garniert es mit den Begriffen ‚Heimat‘, ‚Kultur‘, und ‚Identität‘, und schimpft auf „Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse“ – verwendet also den geballten Frust des Landes bezüglich einer insbesondere ökonomisch uninteressanten und gemeinhin unbeliebten Gruppe, und nutzt ihn als Treibstoff – dann, so hofft die parlamentarische Oppositionsführerin, lässt sich auch jenes ohne größere Widerstände umsetzen, was einer FDP mit ihrem Hoteliersteuerbegünstigungsimagenicht gelingen konnte. Schließlich wird auch die Kritik am Sozialstaat gefälliger, wenn er sich auf die Finanzierung illegal eingewanderter krimineller Wirtschaftsflüchtlinge bezieht.

Und genau hier irrt die Politikerin: Mögen die hohen Wogen der Frustration der ‚Protestwählerschaft‘ noch jeden AfD-Funktionär mitsamt seinen eigentlichen Ansichten als geeigneten Repräsentanten kurzfristig legitimieren, solange die Rhetorik stimmt – mittel- und langfristig hat sich Weidel genau jenes Klientel als Stütze ausgesucht, welches mehrheitlich dem Neoliberalismus der Ökonomin am wenigsten abgewinnen kann. Der deutsche Konservatismus ist eben nicht der US-amerikanische oder britische. Und daran wird auch die multipolare Mag- netwirkung der AfD nichts ändern.

Die Alternative hat es mit der emotional geladenen Provokationspolitik weit gebracht, weiter als sich die meisten zu Beginn vorstellen konnten. Das wird jedoch zwangsweise dazu führen, dass die Volkspartei auch zur Sozial- und Wirtschaftspolitik eine einheitlichere und öffentlich wirksamere Stellung beziehen werden muss,

insbesondere zu dem Zeitpunkt, an dem der tosende Lärm der Flüchtlingsfrage abzuklingen beginnt. Spätestens dann wird sich zeigen, dass Alice Weidel und ihre Ziele – abgesehen von dem kleinsten gemeinsamen Nenner ‚Migrationspolitik‘ – keinen echten ideologischen Rückhalt hat in der Partei, an dessen Spitze sie nun steht.